Nummer 76 Halle, Sonntag, den 30. März 1924 59. Jahrgang

Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.60 Goldmark und 24 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Vanthaus Reinhold Stechner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Ein erfreulicher Auftakt.

Einmütigkeit auf der Zentralvorstandssitzung.

Vor Beginn der öffentlichen Sitzungen des Parteitages der Deutschen Volkspartei trat der Zentralvorstand der DVP. am Freitag, den 28. März, in Hannover zu einer Sitzung zusammen. Die Versammlung fand in dem großen mit schwarzweiß-roten Fahnen und den Büsten Bismarcks, Bassermanns und Bennigsens geschmückten Saale des Park-Hauses statt und war aus allen Teilen des Reiches außerordentlich stark besucht. Anwesend waren 261 Vertreter. Als Vorsitzender des Zentralvorstandes erstattete Reichsaußenminister Dr. Stresemann ein kurzes Referat über die politische Lage und die Politik der Partei. Stürmischer, immer wieder erneut einsetzender Beifall folgte seinen Ausführungen. Daran schloß sich die Aussprache, die bis in die Abendstunden dauerte. Zur Gründung der Nationalliberalen Vereinigung wurde gegen vereinzelte Stimmen folgender Beschluß gefaßt:

Der Zentralvorstand stellt fest, daß politische Organisationen und ähnliche Verbindungen von Mitgliedern innerhalb der Partei nur möglich sind, soweit die Satzungen dies gestatten oder die zuständigen Parteiinstanzen sie ausdrücklich genehmigen. Andere politische Organisationen innerhalb der Partei sind nicht möglich.

Zu diesem Beschluß des Zentralvorstandes erklärten die anwesenden Mitglieder der Nationalliberalen Vereinigung folgendes:

Die anwesenden Mitglieder der Nationalliberalen Vereinigung erklären, daß sie nach der von dem Zentralvorstande festgestellten Einmütigkeit in den politischen Auffassungen bei ihren Freunden für die Ausführung des heutigen Beschlusses des Zentralvorstandes eintreten werden.

Diese Einmütigkeit zeigte sich auch bei der einstimmigen Annahme des von Prof. Dr. Leidig verfaßten Wahlaufrufes.

* * *

Die Eröffnung des Parteitages.

Hannover, 29. März. In der schwarzweißrot geschmückten Ausstellungshalle des Hannoverschen Kuppelbaues „Stadthalle" wurde heute morgen 9½ Uhr der Parteitag der Deutschen Volkspartei vom Parteivorsitzenden, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, eröffnet. Die Büsten Bismarcks, Bennigsens und Bassermanns mahnen an Deutschlands große Zeit. Rund 1000 Vertreter aus allen Teilen des Reiches sind erschienen. Stresemann gedachte in seinen Eröffnungsworten der Brüder in den geraubten Gebieten in Ost, Nord und West. Treue wollten wir den kämpfenden Volksgenossen an Rhein, Ruhr und Saar halten. Ihre Freiheit, die wir erkämpfen müßten, sei Deutschlands Freiheit. Stresemann mahnte die Vertreter der Partei daran, daß der Parteitag auf altem nationalliberalem Boden stattfände. In Hannover sei die Partei geboren worden. Der unvergeßliche Parteiführer, der getreue Mitkämpfer Bismarcks, Rudolf von Bennigsen, entstamme Hannoverschem Geschlecht. Seiner wollte auch heute die Partei in Dankbarkeit gedenken. Nach Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden des Landesverbandes Hannover der D. V. P. und nach einigen weiteren Ansprachen von Vertretern der losgerissenen deutschen Lande, Böhmens und Oesterreichs wurde in die Tagesordnung eingetreten. Als erster ergriff das Wort Reichstagsabgeordneter D. Everling zum Thema

Die Not des geistigen Mittelstandes.

Er führte etwa aus:

Der Wert der geistig Schaffenden fällt nicht immer sichtbar in die Augen, und doch sollte jedermann wissen, was unser deutsches Volk und alle Völker der Erde der deutschen Wissenschaft, Kunst und Technik verdanken. Aber diese Geisteskultur und ihre Träger leiden große Not. Die Stätten und Hilfsmittel der Wissenschaft und die Geistesarbeiter selbst verkümmern durch Entbehrungen. Der grausame Währungsverfall hat in erster Linie die gebildete Mittelschicht, die freien geistigen Berufe die Aerzte, Anwälte, Schriftsteller, Techniker, Künstler betroffen. Nur, wenn die Ursachen dieser Verarmung aufgedeckt und abgestellt werden, können für den geistigen Mittelstand wieder geordnete Lebensbedingungen geschaffen werden. Die erste Ursache ist das Versailler Diktat und die brutale Willkür, mit der es ausgeführt wird und die

Schlagadern unserer Wirtschaft zerstört.

Daher muß die deutsche Bildungsschicht alle vorhandenen Kulturbeziehungen zum Ausland benutzen, um Gerechtigkeit und Freiheit für die deutsche Entwicklung zu fordern. Die Verelendung der deutschen Kultur kann sonst zur Kulturdämmerung Europas werden. Die zweite Ursache liegt in dem holden Wahn, daß wir nach der furchtbaren Katastrophe des letzten Jahrzehnts besser und bequemer leben könnten als einst und in der kurzsichtigen Sucht, vorhandene Werte zu erfassen und zu verzehren, statt neue Güter zu schaffen und die zu vermehren. Darum ist es eine Lebensfrage für den gebildeten Mittelstand, ob es gelingt, die Bahn für eine freiwillig gesteigerte fruchtbare Arbeitsleistung aller Volksschichten freizumachen. Aber ein Drittes muß noch hinzukommen: Regierungen und Parlamente dürfen keine Gesetze und Verordnungen mehr hinausgehen lassen, ohne zu prüfen, wie sie auf die notleidende gebildete Mittelschicht wirken. Das ist unter dem Zwange der Verhältnisse nicht immer geschehen. Gewiß hat die Rentenmark viel genützt, aber

das Rentenkapital, die Voraussetzung für viele geistige Kulturarbeit ist fort.

Der geistige Mittelstand findet im parlamentarischen Leben viel Sympathie, aber wenig Hilfe. Darum muß die Deutsche Volkspartei für diese notleidende Kulturschicht jetzt in erster Linie mit eintreten und auch ihren Vertretern die Möglichkeit parlamentarischer Wirksamkeit geben. Der geistige Mittelstand hat die Aufgabe, engere Fühlung mit den anderen Gruppen der deutschen Mittelschicht zu nehmen und die gemeinsamen Aufgaben und Ziele führend zu unterstützen, und wenn dann diese zusammengefaßte Mittelschicht die Brücke schlägt zu den Arbeitsbrüdern der Hand, dann kann auf diesen lebensvollen Wege vielleicht besser als auf den taktischen Pfaden der parlamentarischen Parteikoalitionen eine Volksgemeinschaft geschaffen werden, die dem Ausland Recht und Freiheit abringt, im Inlande freudige Arbeitsleistung bietet und unser verarmtes, schmachvoll mißhandeltes Volk einem neuen lichten Tag entgegenführt. (Lebhafter Beifall.)

Als zweiter Redner spricht Reichstagsabgeordneter Moraih über

„Die Lage der Beamtenschaft".

Viel zu wenig hat man bisher den Anteil geschätzt, den die hingebende Arbeit der Beamten an dem beispiellosen Aufstiegen der deutschen Wirtschaft in den letzten 50 Jahren vor dem Kriege gehabt hat. Erst als mit „berufsfremden" Elementen moderne Anschauungen in die Beamtenschaft sich Eingang verschafften, da sah das gesamte Volk, was es verloren hatte. Es ist klar, daß auch der Wiederaufbau Deutschlands nur gelingen kann, wenn alles das, was der Beamtenschaft an Aufgaben anvertraut ist,

von einer Berufsbeamtenschaft geleitet wird, die sachlich und des besonderen, wirtschaftlich sichergestellt und rechtlich unabhängig von den politischen Machthabern ist.

Diese Beamtenschaft kämpft seit Jahren um die wirtschaftlichen Grundlagen dieser Existenz, sowohl wie um ihre rechtliche Sicherung. Sie weiß, daß sie sich dabei auf die Hilfe der Deutschen Volkspartei verlassen kann, sie braucht diese Hilfe mehr als je. Das Beamteneinkommen war auch früher schon knapp. Heute reicht es kaum zur Beschaffung des notdürftigen Lebensmittel. Alles, was in besseren Zeiten die Beamtenschaft an Selbsthilfeeinrichtungen, an Genossenschaftsbanken, Erholungsheimen und anderen geschaffen hatte, liegt im Sterben. Schlimmer noch steht es mit den Beamtenrechten. Die Beamten haben in der Tat ein Recht auf verfassungsmäßigen Rechte. Im parlamentarisch regierten Staat ist die politische Unabhängigkeit des Beamten unentbehrlich. In der Arbeit für diese Aufgaben haben wir uns von keiner Partei übertreffen lassen. Wenn man von gegnerischer Seite neuerdings sagt, daß der Reichskanzler Stresemann die Personalabbauverordnung unterschrieben habe, dann wollen wir darauf antworten, daß es ungerecht und demagogisch ist, dem Manne eine Schuld aufzubürden, der, als der Staatsbankrott keine andere Wahl ließ, schweren Herzens für die unpopuläre Aufgabe die Verantwortung übernahm.

Schuld haben doch diejenigen, die nicht müde wurden, im wertbeständigen und verarmten Deutschland immer neue Beamtenstellen zu schaffen.

Und was dann die Vorwürfe wegen der geringen Besoldung angeht, so ist es wahr, daß das Kabinett Marx einen Besoldungssatz aufstellen ließ, der, wie Stresemann freimütig bekannte, einer Kulturnation unwürdig ist. Aber das eine große Verdienst des Kabinetts Stresemann soll man nicht vergessen, daß mit der gesamten Volkswirtschaft auch der Beamte durch die Stabilisierung der Währung aus dem Sumpf der Inflationswirtschaft gerettet worden ist. Immer wieder hört man den Vorwurf, daß die Volkspartei hinter den Bestrebungen auf Privatisierung der Verkehrsanstalten stehe. Demgegenüber muß auf das Entschiedenste betont werden, daß keine Parteiinstanz sich jemals mit gewissen Aeußerungen von zwei oder drei Volksparteilern identifiziert hat. Der Beamtenschaft gehören im Ringen um ihre Existenz alle Kräfte der Deutschen Volkspartei; nicht nur die Beamten in der Partei stehen in diesem Kampf ihnen zur Seite, sondern die Vertreter aller Berufsschichten. Längst haben sie alle, es seien Erzeuger oder Verbraucher, erkannt, daß das, was man gemeinhin mit Beamtenfragen bezeichnet, Fragen sind, die das ganze deutsche Volk angehen, an deren Lösung alle Berufsschichten in Stadt und Land beteiligt sind. Ueber die

„Lage der Landwirtschaft"

berichtet Abg. Dusche: Er führt nach einleitenden Worten etwa das Folgende aus. Die deutsche Landwirtschaft, die vor dem Kriege durchschnittlich Höchsterträge erzielte, hat durch den Krieg und durch die Zwangswirtschaft außerordentlich gelitten. Weil Fraktion der Deutschen Volkspartei die hohe Bedeutung der deutschen Landwirtschaft erkannte, hat sie bereits in der Nationalversammlung alles aufgeboten, sie im Interesse unseres ganzen deutschen Volkes zu fördern. Die Fraktion trat ein für freie Wirtschaft, beteiligte mit an erster Stelle die Bewirtschaftung für Eier, des Fleisches, des Zuckers und anderer Nahrungsmittel. Sie setzte dieses Bestreben im Reichstag mit Erfolg fort. Die Siedlungsgesetze machte die Fraktion als Freunden des Siedlungswesens gern mit, den Prinzipien der Deutschen Volkspartei entsprechend stellte sie jedoch mit Erfolg Anträge, die das Recht am Besitz auch im Siedlungswesen wahrten. Der Erfolg dieser Maßnahmen war, daß die Ernteerträgnisse, die beim Weizen von 24 Doppelzentnern pro Hektar im Jahre 1913 auf 14,2 und beim Roggen von 19,3 Doppelzentnern auf 12,6 im Jahre 1921 zurückgegangen waren, sich wieder zu heben begannen.

Die Inflationszeit brachte dem Landwirt wie auch anderen Berufen nur Scheingewinne. Etwa 50 Prozent sämtlicher Landwirte konnten diese Scheingewinne zur teilweisen Wiederherstellung ihres im Kriege abgewirtschafteten Inventars benutzen.

Die Notlage in der deutschen Landwirtschaft ist zurzeit groß. Die Krisis ist größer als die Agrarkrise um das Jahr 1850 und auch größer als die Krise in der Caprivizeit, weil zu der übrigen Not eine nie dagewesene Kreditnot kommt. Wenn der städtische Verbraucher für die einzelnen Nahrungsmittel teilweise hohe Preise bezahlt, so liegt die Schuld nicht am Landwirt, sondern an den hohen Steuern, vor allen Dingen an den Umsatzsteuern. Die Deutsche Volkspartei ist ihren Traditionen entsprechend bereit, der Landwirtschaft zu geben, was nötig ist zur intensivsten Bewirtschaftung des Grund und Bodens. Erforderlich ist die Behebung der Kreditnot. Kurzfristige Kredite noch dazu gegen Bezahlung von unmöglich zu tragenden hohen Zinsen nützen der Landwirtschaft nichts, weil sie vor Verwertung der Ernte die Kredite nicht zurückbezahlen kann. Eine hohe Aufgabe haben m. E. die Landbund-Genossenschaften durch Beschaffung der erforderlichen Kredite für das Warenumschlaggeschäft und für die einzelnen Betriebe, auch weil sie die Brücke vom einzelnen Landwirt zum großen Wirtschaftsleben darstellen. Die Hauptsache bleibt, daß das Reich der Landwirtschaft Kredite zu erträglichem Zinsfuß zur Verfügung stellt.

Auch der Landwirt muß in der Not der Zeit ein gerütteltes Maß von Steuern und Lasten tragen. Diese sind jedoch so hoch, daß er Betriebsmittel verkaufen muß.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Preußischen Landtage hat sich bemüht, die Grundvermögenssteuer besonders für die mittlere und kleinere Landwirtschaft erträglicher zu gestalten. Das durch ihr Bestreben zustandegekommene Gutachten von Sachverständigen erklärt, wie voraussehen war, daß die jetzigen Steuern für die Landwirtschaft auf die Dauer unerträglich sind. Der bereits im Agrarprogramm der Deutschen Volkspartei des Jahres 1919 als ein Teil des Gesamtprogramms vorgesehenen Zollschutz für einzelne landwirtschaftliche Produkte muß trotz der Bestimmungen des Versailler Vertrages unter Führung der Fraktionen der Deutschen Volkspartei von dem demnächst zu wählenden Deutschen Reichstag schnellstens in die Tat umgesetzt werden. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im neuen Reichstag wird große Aufgaben im Interesse der Landwirtschaft zu erfüllen haben. Die wird es gern tun, weil sie weiß, daß, wenn sie den berechtigten Interessen der deutschen Landwirtschaft dient, sie damit dem deutschen Vaterlande dient.

Die Verhandlungen dauern bei Redaktionsschluß fort. Wir berichten darüber ausführlich am Montag.

„Billigt das Staatsministerium ...!"?

Eine Anfrage zum Fall Dreyer.

Im Preußischen Landtage ist die nachstehende kleine Anfrage eingegangen; Im Auftrage des Herrn Ministers des Innern hat durch Verfügung vom 26. März 1924 der Polizeipräsident zu Berlin verboten, die Leiche des wegen seiner Beteiligung am Ruhrabwehrkampf von den Franzosen zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten, in französischer Gefangenschaft verstorbenen Wilhelm Dreyer zu Eichwalde bei Berlin vom Ankunftsbahnhof zum Görlitzer Bahnhof in feierlichem Zuge ohne Musikbegleitung zu überführen, obwohl das Auswärtige Amt gegen den Trauerzug keine Bedenken hatte und die Genehmigung gesetzlich zulässig war. — Vor einiger Zeit erfolgte mit Genehmigung der gleichen Amtsperionen die Ueberführung der Leiche des in Genf ermordeten russischen Bolschewisten Noronski vom Potsdamer zum Schlesischen Bahnhof in großem Zuge mit roten Fahnen und mit Musikbegleitung. —

Billigt das Staatsministerium die Stellungnahme des Ministers des Innern, insbesondere auch diese erbitterte unterschiedliche Behandlung eines Mannes, der im Kampfe für das deutsche Vaterland sein Leben eingesetzt und Schweres ertragen hat, und eines auswärtigen Staatsangehörigen, dessen Leiche nur zu Demonstrationszwecken einer politischen Partei durch die Straßen Berlins geführt worden ist?

*

Von amtlicher Seite wird zu dem Verbot mitgeteilt: 1. Das generelle Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und öffentlichen Umzügen entspricht der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar d. J. 2. Die „Vaterländischen Verbände" berufen sich auf die seinerzeit erteilte Erlaubnis des Umzugs bei der Ueberführung der Leiche des russischen diplomatischen Auslandsvertreters Noronski. Sie vergessen, daß damals auch die Beerdigung des Bismarckbündlers Rudnick in öffentlicher Umzugsform stattfinden durfte. 3. Der Preußische Minister des Innern hat den Antragstellern durch den Polizeipräsidenten mitteilen lassen, daß eine würdige Totenfeier in der Bahnhofshalle oder im Bahnhofssaal stattfinden könne. Der Wunsch der Eltern des Verstorbenen ging dahin, daß die Ueberführung der Leiche vom Anhalter zum Görlitzer Bahnhof unter Ausschluß einer Demonstration und lediglich unter Begleitung der nächsten Angehörigen vor sich gehen solle, zumal da die Verbände, Korporationen usw. an der Beisetzung des Verstorbenen in seiner Heimat sich beteiligen werden. Bei dieser eigentlichen Leichenfeier wird auch ein Vertreter der Preußischen Regierung anwesend sein.

Die Hilfe für Deutschland.

Beobachtungen in Amerika.

Von Dr. Paul Rohrbach.

New-York, Anfang März 1924.

Es sind zwei große und verschiedene kleinere Aktionen hier im Gange, um Hilfe für die Not in Deutschland zu leisten. Die eine ist die des sogenannten Allen-Komitees. General Allen, der früher Befehlshaber der amerikanischen Truppen am Rhein war und als großer Franzosenfreund nach Koblenz kam, hat neulich seine Erinnerungen von dort veröffentlicht. Darin sieht der bezeichnende Satz, man habe in Amerika oft gedacht, Frankreich sei vor Deutschland zu schützen; jetzt freilich sehe man, daß Deutschland vor Frankreich geschützt werden müsse. Das hat General Allen schon gemerkt, als er noch gar nicht lange in Koblenz war. Ueberhaupt ist der Umschwung gegen Frankreich hier endlich im Gange, was aber noch keineswegs heißt, daß man auf Deutschland freundlich zu sehen anfängt.

*

General Allen übernahm nach seiner Rückkehr aus Europa den Vorsitz eines Komitees für Sammlung von Spenden für die deutschen Kinder. Diesmal sollte in erster Linie nicht an die Amerikaner deutscher Herkunft gedacht werden, sondern die Beteiligung sollte „all-amerikanisch" sein. Allerdings ging die Idee auch von Deutsch-Amerikanern aus. Es gelang, sehr gute Namen zu bekommen, darunter diese hundertzwanzigste, wie man hier sagt, aber das Entscheidende ist, daß die Quäker mitmachen und daß sie die Verwaltung der eingehenden Gelder übernommen haben. Das ist der beste Empfehlungsbrief, den eine Sache in Amerika haben kann, wenn es sich um Geld handelt. Der Anschlag für die Sammlung lautete ursprünglich auf zehn Millionen Dollar. Bisher sind eingegangen über zwei Millionen, bestimmt voraussichtlich kann mit weiteren anderthalb Millionen werden, und man sagt, es sei einigermaßen wahrscheinlich, daß sechs Millionen im Ganzen zusammenkommen. Es gelangt kein Geld nach Deutschland, sondern es werden Lebensmittel für die Kinderspeisung geschickt. Von Deutsch-Amerikanern haben sich besonders verdient gemacht der Bankier Paul Warburg in New-York und der Großindustrielle Ferdinand Thun in Reading in Pennsylvanien; von Anglo-Amerikanern der Schiffsreeder Haverill Harriman, der Direktor der Western Union Telegraphengesellschaft Carlton, der Handelskammerpräsident Irvin T. Bush, der Quäker Dr. Thomas und General Allen selbst.

Die zweite Aktion geht im Kongreß vor sich und scheint zu einem vorläufigen Erfolg mit der Annahme des Vorschlages in dem vorberatenden Komitee des Senats gelangt zu sein, daß Deutschland für zehn Millionen Dollar Lebensmittel, vorzüglich Mehl und Speck, geschickt bekommen soll, und zwar wie es scheint, geschenkweise. Das ist schließlich aus dem Plan geworden, eine Lebensmittelanleihe von 70 Millionen Dollar an Deutschland zu gewähren. Diese Anleihe wäre vorzuziehen gewesen, erstens als Anleihe und zweitens wegen des weit höheren Betrages. Der Handelsminister Hoover stand der Sache nicht unfreundlich gegenüber, nachdem im Herbst richtige Angaben über die Gesamt-Ernährungslage in Deutschland erhalten hatte. Zwei Dinge haben die Anleihe dann verdorben. Erstens wünschte man auf amerikanischer Seite einen Appell der deutschen Regierung, in klarer, kurzer und trächtiger Sprache an die internationale Oeffentlichkeit gerichtet, um damit den Einwendungen deutsch-feindlicher Mächte begegnen zu können. Dieser Anregung wurde in Berlin keine Folge geleistet, und das hat hier lebhaft verstimmt.

Danach kamen die Berichte über die schwelgerischen Neujahrsfeiern in den Berliner Hotels, über die Zehntausende schlemmender, mit Geld um sich werfender Wintergäste in den Weihnachtsskeiertagen im Harz, im Thüringer Wald und in Oberbayern — nicht mehr valutastarke Ausländer, sondern fast alles Deutsche. Diese Dinge haben verheerend gewirkt und das hier und da auffeimende Wohlwollen schwer beeinträchtigt.

Noch bei dem letzten Kampf um die zehn Millionen im Senatsausschuß war der Neujahrsskandal in den Hotels das schwerste Geschütz der Gegner. Die Nachrichten, die hierüber in die amerikanische Presse kamen, waren leider nur zu genau und gut belegt, und jeder dritte Mensch, der davon spricht, stellt die Frage: Wenn die deutschen Schlemmer schon selbst keine Ehre und kein Mitgefühl im Leibe haben, warum schreitet dann nicht wenigstens die deutsche Regierung ein und bewahrt Deutschland vor Schaden und Schande?

*

Wie oft habe ich hier sagen hören: Wenn die Deutschen es nicht so gut verständen, abfällige Urteile über sich hervorzurufen — um wie viel besser könnte die Position Deutschlands heute schon sein! Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Man könnte das den Amerikanern antworten wenn sie Zensuren nach Deutschland austeilen. Das amerikanische Haus ist gläsern genug, aber Amerikas Stellung in der Welt ist so stark, daß jeder Amerikaner weiß: Es wird niemand wagen! Augenblicklich geht jedes andere politische Interesse unter in dem grossen Oelskandal. Ein bekannter Senator, der die Korruption verfolgt und dem es außerdem sehr gelegen kam, der regierenden republikanischen Partei einen Schlag zu versetzen, war der Sache schon seit langem auf der Spur. Jetzt hat er das Netz zugezogen, und es zappelt eine Menge

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240330011/fragment/page=0001

großer Fische darin, meist Republikaner, aber auch einige Demokraten. Der Innenminister Fall war schon vor einiger Zeit zurückgetreten (weil er merkte, was kommen würde, heißt es jetzt), der Marineminister mußte resignieren, der Justizminister Daugherty wehrt sich voll Verzweiflung, aber mit wenig Aussicht auf Erfolg: Wilsons Schwiegersohn Mc Adoo und viele andere sind schwer angeschossen. Die Petroleumkönige haben nicht genug, und man ahnt vorläufig fast noch mehr als man sieht und weiß, wer alles zu zittern hat.

*

Es kann sein, daß über dieser Affäre auch das im Konzeß eingebrachte Gesetz wegen weiterer Beschränkung der Einwanderung nicht verabschiedet wird. Die deutsche Jahresquote würde allerdings nur von 67 500 auf 51 200 fallen und die englische von 77 300 auf 62 500, die italienische aber von mehr als 42 000 auf knapp 4000 und die russisch-polnische von 43 000 auf 7000. Man will vor allen Dingen Ostjuden und Italiener ausschließen und die ganze Einwanderung scharf beschränken. Gegenwärtig dürfen im ganzen jährlich gegen 358 000 Einwanderer nach den Vereinigten Staaten kommen; zukünftig dürften es nur 169 000 sein. Auf ein Land mit 120 Millionen Einwohnern ist das so gut wie garnichts. Man fürchtet, die Fremden könnten sich für die Wahlen zusammenschließen und so eine „Gefahr" gegen die „amerikanischen" Interessen bilden. Das ist Gespensterseherei, die nicht zuletzt aus dem schlechten Gewissen der „Sündenprozentigen" wegen ihrer Führung der amerikanischen Politik im Kriege und nach dem Kriege kommt. Hiervon das nächste Mal mehr.

Das neue Kabinett Poincare

Die starken Männer.

Paris, 29. März. Die offizielle Zusammensetzung des Kabinetts Poincaré ist folgende:

Ministerpräsident, Ministerium des Auswärtigen: Raymond Poincaré,
Justiz: Lefebre du Prey,
Inneres: de Selves,
Finanzen: Francois Marsal,
Krieg und Pensionen: Maginot,
Marine: Botanowski,
Unterricht: Henry de Jouvenel,
Kolonien: Fabry,
Oeffentliche Arbeiten: Le Troqueur,
Handel, Industrie, Post und Telegraphen: Loucheur,
Landwirtschaft: Capus,
Wohlfahrt und Arbeit: D. Vincent,
Wiederaufbau: Louis Marin.

Das Ministerium der Wohlfahrt und der Arbeit ist mithin zu einem einzigen Ministerium zusammengezogen. Post und Telegraph fallen mit dem Handelsministerium zusammen. Was die übrigen Unterstaatssekretariate anbelangt, so ist ihr Schicksal noch nicht definitiv geregelt. Es heißt aber, daß die meisten aufgehoben werden sollen. Das neue Kabinett halte heute unter dem Vorsitz Poincarés seine erste Sitzung ab. Die Minister werden sich hierauf in Begleitung des Ministerpräsidenten nach dem Elysee begeben und Millerand vorgestellt werden. Die Regierungserklärung beabsichtigt Poincaré Montag in der Kammer zu verlesen.

*

Die neuen Mitarbeiter Poincares spielen in politischer Beziehung eine führende Rolle und gelten im übrigen auf ihrem Gebiete als sachverständige Kompetenzen. Man behauptet in den diplomatischen Kreisen, daß Poincare mit diesem Kabinett eines der stärksten Ministerien seit 1912 zustande gebracht habe. Es umfaßt zwei Radikalsozialisten, und drei Mitglieder der Entente Republiquaine. Nach rechts ist es durch die unabhängigen und rechtsgerichteten Konservativen und nach links von dem Blocke der Linken begrenzt. Die politische Einstellung der Mitglieder des neuen Kabinetts kann daraus ersehen werden, daß bei der letzten Debatte über die Ermächtigungsgesetze gegen Poincare gestimmt haben im Senate: Henry de Jouvenel, in der Kammer Loucheur und Marin. Der Senator Marsal, der Führer der Opposition im Senate, hatte bekanntlich an der Abstimmung nicht teilgenommen. Die übrigen Mitglieder des neuen Kabinetts haben sämtlich für die Regierung gestimmt.

Gegen die Militärbesetzung.

London, 29. März. **Der Schatzkanzler empfing heute eine Abordnung der Vereinigung der britischen Handelskammern mit ihrem Präsidenten Sir Arthur Balfour an der Spitze.** Als Wirtschaftler und als Glieder der Gemeinschaft erwartet die Delegation eine Verringerung der militärischen Besetzung Deutschlands zu dem frühestmöglichen Termin. Denn ihrer Meinung nach sei die Besetzung deutschen Gebiets nicht der Weg, um zu befriedigenden Reparationseinnahmen zu gelangen.

Die Sachlieferungen während des Moratoriums.

Paris, 29. März. Der erste Sachverständigenausschuß ist heute zu einer wichtigen Sitzung zusammengetreten. Verhandelt wurde über den Betrag, den Deutschland während des zweijährigen Moratoriums an Sachlieferungen zu entrichten habe. Nach Angaben von zuverlässiger Seite sind die Sachverständigen zu dem Schlusse gekommen, daß Deutschland während der beiden Jahre Sachleistungen in Höhe von 800 Millionen Goldmark aufbringen kann. Andere Einschätzungen, die namentlich von englischen Delegierten mitgeteilt wurden, sehen dagegen nur 400 Millionen Goldmark vor.

Englisch-russische Konferenz.

London, 29. März. Nach einer amtlichen Mitteilung werden die russischen Delegierten zur anglo-russischen Konferenz wahrscheinlich am 4. April in London eintreffen. Man erwartet, daß die erste Sitzung der Konferenz, die öffentlich sein wird, im St. Jamespalast stattfinden werde. Nach Angaben aus amtlichen Quellen wird sich die Konferenz nur mit der Ratifizierung der bereits zustande gekommenen Abkommen befassen und die Einzelheiten dieser Abkommen ausarbeiten. Aus gleicher Quelle verlautet ferner, daß die Russen jetzt bereit sind, konfisziertes Privateigentum wieder zurückzuerstatten und die Nationalschulden, die Rußland in Großbritannien hat, anzuerkennen. Als Gegenleistung soll Rußland einen großen Kredit erhalten.

„Zwischenfälle".

Damit die Deutschenhetze nur ja nicht zur Ruhe kommt, scheint das Polentum jetzt auf „Zwischenfälle" auszugehen. In Posen ist es zu einer deutschfeindlichen Demonstration gegen das deutsche Konsulat gekommen, weil in das polnische Vizekonsulat in Allenstein ein Schuß gefallen sein soll. Allenstein gehört zu Ostpreußen und liegt hart an der polnischen Grenze. Es besteht dringender Verdacht, daß hier die Tat eines Spitzels vorliegt. Irgendein Schaden ist nicht entstanden, aber die politischen Leidenschaften der Sarmaten sind wieder einmal aufgerührt, und es will scheinen, als sei ausreichender Schutz für das deutsche Generalkonsulat in Posen bei weitem notwendiger, als die bereits mit deutscher Promptheit betätigte Fürsorge für das polnische Vizekonsulat in Allenstein.

Der deutsche Gesandte in Warschau ist angewiesen, Protest einzulegen und um Schutz für das deutsche Generalkonsulat in Posen zu bitten. Die bisherige Untersuchung über den Vorfall in Allenstein hat keinen Anhalt dafür gegeben, daß ein planmäßiger Anschlag vorliegt. Auf die Ergreifung des Täters ist eine Belohnung ausgesetzt worden. Dem polnischen Vizekonsulat wurde erhöhter Schutz zugesichert, auch wurde dem Vizekonsul das Vedauern der deutschen Regierung ausgesprochen.

Zwischenspiel zum Hitlerprozeß.

Eine sozialistische Anfrage an den Staatsrat.

Berlin, 29. März. Der Preußische Staatsrat beschäftigte sich in seiner Freitagsitzung mit der förmlichen Anfrage der Sozialdemokraten über die Beleidigung preußischer Beamten, Mitglieder des Landtages und des Staatsrates, so des Freiherrn v. Gayl an einem geplanten Direktorium. Zunächst legte Dr. Weinberg (Soz.) Verwahrung dagegen ein, daß die förmliche Anfrage zur Beratung gelangt, ehe die Regierung sich zur Beantwortung bereit erklärt oder die Beantwortung abgelehnt habe. Da der Regierung die Anfrage aber erst soeben zugegangen sei, so sei das nicht möglich. Der Redner verweist sodann auf die von Hitler gemachte Aussage über ein geplantes Direktorium, das aus Minour, v. Gayl und Oppen bestehen sollte. Leider seien die engen Beziehungen der Münchener „Maßtrug-Patrioten" und führenden preußischen Parlamentarier und hohen Beamtgn in Norddeutschland unter hermetischem Ausschluß der Oeffentlichkeit erörtert worden. Gehört auch Herr v. Gayl in das Walhall der Hochverräter, von dem in München gesprochen wurde? — Das Wort nimmt sodann Freiherr v. Gayl (Arbeitsgemeinschaft), um zunächst festzustellen, daß er in der Beurteilung des Gegenstandes mit seiner Fraktion eins sei. Er habe sich nicht zu rechtfertigen, sei aber den Interpellanten dankbar dafür, daß sie ihm Gelegenheit gegeben hätten, einer

Seeschlange von Klatsch und Tratsch

den Kopf zu zertreten. Herr Weinberg hat, so fährt der Redner fort, von Hochverrätern gesprochen. Ob es sich in München um Hochverräter handelt oder nicht, wird das Urteil lehren. Es geht aber doch zu weit, diese Bezeichnung auf Persönlichkeiten auszudehnen, die als mögliche Mitglieder eines neuen Kabinetts oder dergleichen genannt worden sind. Der Gedanke, daß nach Zusammenbruch des Kabinetts Stresemann ein Direktorium mit diktatorischen Befugnissen regieren sollte, war ja allgemein. Jeder politisch interessierte Deutsche hat sich seinerzeit mit dieser Frage beschäftigt. Der Reichspräsident selbst war ja damit umgegangen, ein Direktorium zu bilden, in dem Roske, Südekum und zwei andere Männer sitzen sollten. (Hört! hört!) Ich selbst habe den Gedanken, daß ich an einem Direktorium teilnehmen solle, zum ersten Male Ende Oktober oder Anfang November durch die Lektüre des „Vorwärts" und der „Vossischen Zeitung" erfahren. Dort war eine Meldung aus der Münchener Zeitung abgedruckt, daß ein Direktorium gebildet werden solle aus den Herren Minour, v. Oppen und v. Gayl. Einmal wurde ein Reichsfreiherr v. Gayl genannt, einmal ein General.

An demselben Tage kam aber aus München eine weitere Meldung, wonach eine Versammlung der vaterländischen Verbände das Direktorium einstimmig abgelehnt habe, weil es mit dem Chef der Heeresleitung zusammenarbeiten sollte.

Ich bin mit dem Generaldirektor Minour, der ja dauernd als kommender Reichskanzler oder für andere Posten genannt wurde, ein einziges Mal in Ostpreußen zusammengekommen bei Verhandlungen mit dem Stinnes-Konzern. Zwischen Herrn v. Oppen und Minour bestehen nicht die geringsten Beziehungen. Es ist doch wohl kaum anzunehmen, daß, wenn die aufgestellte Behauptung zuträfe, sich die Genannten nicht vorher ein Programm gemacht hätten, und dazu hätten sie doch zusammenkommen müssen. Der Münchener Berichterstatter hat drei Tatsachen zusammengeworfen und zu seiner Meldung verarbeitet, nämlich erstens, daß Herr Minour verschiedentlich genannt wurde als Kanzlerkandidat, zweitens, daß der damalige Reichskanzler Stresemann Herrn v. Oppen als Ernährungsminister berufen wollte, und drittens, daß mein Name für einen Posten in Preußen genannt wurde, als es sich um den Eintritt der Deutschnationalen im Oktober und November in die Regierung handelte. Daraus ist dann das Direktorium gemacht worden. Wenn Herr Weinberg die Hoffnung ausgesprochen hat, daß ich

in das Walhall der Hochverräter aufgenommen

werden müßte, so möchte ich hier erklären: Ich habe menschlich die allergrößte Sympathie zu den Leuten, die in München vor den Richtern stehen. Ich weiß, daß sie aus reinem Empfinden heraus gehandelt haben. Ich habe die Ehre gehabt, während des Weltkrieges unmittelbar mit dem General v. Ludendorff zusammenzuarbeiten. Aus diesen Monaten des Zusammenarbeitens habe ich den Eindruck mitgenommen, in ihm dem größten Manne in meinem Leben begegnet zu sein. Diese Wertschätzung werde ich behalten. Immer werde ich dem Feldherrn und dem Manne Ludendorff die Treue bewahren. (Lebhafter Beifall rechts.) Ich bemerke aber weiter, daß nach meiner Ansicht Politik gestrichen werden muß mit heißem vaterländischen Herzen und mit klarem Kopf. Eine Politik der Schwärmerei und der Putsche kann ich nicht mitmachen. Das muß ich trotz meiner Verehrung zu einem der führenden Männer betonen. (Erneuter Beifall und Händeklatschen rechts.) — Nach kurzen weiteren Bemerkungen Dr. Weinbergs (Soz.), des Freiherrn v. Maltzahn (Arbeitsgemeinschaft), der bedauerte, daß die Anfrage überhaupt gestellt werden konnte, und des Demokraten Fegter ist die förmliche Anfrage erledigt. — Der Staatsrat stimmt nach einem Notetat zu, und erklärt seine Zustimmung zu den Ausführungsbestimmungen zum Schutzpolizeibeamtengesetz in der vom Hauptausschuß vorgeschlagenen Fassung, und vertagt sich sodann bis zum 10. April.

*

Berlin, 28. März. In der heutigen Sitzung des preußischen Staatsrates erklärte Freiherr v. Gayl, daß der Reichspräsident selbst damit umgegangen sei, ein Direktorium zu bilden, in dem Roske, Südekum und zwei andere Männer sitzen sollten. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, entspricht diese Behauptung in keinem Punkte den Tatsachen.

Edelster Deutscher Weinbrand
Scharlachberg Meisterbrand
Weinbrennerei Scharlachberg A.G., Bingen a. Rh.
Vertreter: Carl Eppner, Halle a. S., Lindenstr. 9

Möbel-Ausstellung
Halle a/S, Alter Markt 1 u. 2
Albert Martick Nachf.
Besichtigung erbeten — Günstige Preise

Der Meister.

Ein Kriminalroman von Ludwig Kapeller.

(19. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Er schob ihr einen Zettel hin mit den Worten: „Wie heißen Sie?" und beobachtete scharf ihr Gesicht. Sie zögerte einen Augenblick, dann nahm sie den hingehaltenen Bleistift, nahm ihn zwischen die zitternden Finger und schrieb unter die Frage eine Antwort.

Wiemann nahm das Blatt, aber den Namen vermochte er nicht zu entziffern.

Er sprach auf sie ein, mit den lebhaften Bewegungen der Lippen, mit denen man zu Schwerhörigen und Taubstummen zu sprechen pflegt; aber sie hatte nur immer wieder die Geste: hob ein wenig die Hände, deutete auf die Ohren und zuckte die Achseln.

Wiemann versuchte es noch einmal mit niedergeschriebenen Fragen; aber die Antworten, die sie gab, waren unleserlich, und es war nicht zu entscheiden, ob diese krausen Schriftzeichen absichtlich entstellt waren oder eine natürliche Unbeholfenheit darstellten.

Wiemann hatte es bisher sorgsam vermieden, den „Fall Lant" irgendwie zu erwähnen; er hatte auch das Schild, das seinen Namen trug, von der Tür entfernt, damit die Verhaftete, die vielleicht seinen Namen im Zusammenhang mit dem Verbrechen in Erinnerung hatte, nicht stutzig wurde. Als mit alle Mittel, die Gefangene zum Antworten zu bewegen, verlassen, beschloß Wiemann, seinen letzten Trumpf auszuspielen.

Er erhob sich plötzlich und schien das Verhör als ausschlußlos abbrechen zu wollen; mit einer fast freundlichen Geste entließ er die Kranke.

Mit einem Stöhnen stand sie auf; leise ächzend schleppte sie sich zur Tür; sie legte die Hand auf die Klinke und wendete noch einmal den Kopf; in ihren Augen glänzte es wie eine Befreiung.

Sie drückte die Klinke nieder, beugte sich vor, die Schwelle zu überschreiten.

Da rief er hinter ihr her: „Alma Hilter, Sie sind . . ."

Ein Körper fiel schwer zur Erde.

Wiemann sprang zur Tür.

Er hielt die Mörderin Lants ohnmächtig in seinen Armen.

XIII.

Alma Hilter war zunächst nicht vernehmungsfähig, und die Aerzte hielten ihren Zustand für bedenklich. Wiemann mußte seine Ungeduld bezwingen. Noch galt es, viele Einzelheiten des Verbrechens aufzuklären und die Mörderin zu einem ausführlichen Geständnis zu bewegen. Für Wiemann gab es keinen Zweifel mehr, daß Alma Hilter die alleinige Täterin war; aber wie sie die Tat ausgeführt hatte und aus welchem Grunde, das beschäftigte ihn in jeder freien Minute.

Endlich, nach zwei Tagen härtester Angebuld, glaubten die Aerzte eine zweite Vernehmung zulassen zu dürfen, ohne die Kranke einer neuen Lebensgefahr auszusetzen.

Alma Hilter war vollkommen gebrochen; ihre Züge waren schlaff, und die Spannung, die sie bisher aufrechterhalten hatte, war verschwunden; sie saß Wiemann gegenüber, zusammengekauert, mit leblosen Augen; sie schien keine Hoffnung mehr zu haben und keinen Willen.

Wiemann empfand eine Art Mitleid mit dieser Ruine eines Menschen und begann schonend mit den ersten Fragen; er hielt ihr vor, daß es am besten sei, alles rückhaltlos zu offenbaren, denn bedingungslose Aufrichtigkeit sei jetzt das einzige, was ihr helfen und nützlich sein könnte. Das Weib, über deren Körper zuweilen Frostschauer hinzitterten, schien keiner Anstrengung mehr fähig, um irgendeinen Widerstand zu leisten.

„Sie haben Johannes Kurtz schon in Frankfurt gekannt."

Sie nickte: „Wir kannten uns schon als Kinder!"

Und Sie haben ihn geliebt?"

Sie stöhnte auf: „Wir liebten wie Mann und Frau miteinander, und er wollte mich heiraten."

„Und dann wurde nichts daraus?"

Sie schwieg einen Augenblick, in einem schmerzlichen Stöhnen hob sich ihre Brust, dann begann sie zu erzählen: „Hans war ein kleiner Buchhalter, und alles wäre gut gegangen, wenn nicht . . .

„Er geriet in schlechte Gesellschaft?"

„Ja, ich weiß nicht, wie es gekommen ist. Eines Abends blieb er fort, und ich wartete eine ganze Nacht. Gegen Morgen fand er sich ein, und sein ganzes Wesen war verändert. Zuerst schwieg er tagelang und hatte für alle meine Fragen nur ein geheimnisvolles Achselzucken. In diesen Tagen sprach er viel vom Heiraten . . ."

Sie hielt erschöpft inne. Dann fuhr sie fort:

„Eines Abends setzte er mich beisammen, Hand in Hand, und ich fragte ihn, welche Hoffnungen er hätte, daß er plötzlich ans Heiraten denken könnte. Er wich mir aus, aber ich gab nicht nach. Da gestand er mir, daß er einen neuen Freund habe, der wolle ihm zu einem kleinen Vermögen verhelfen; dann könnten wir nach Berlin gehen und uns ein Geschäft einrichten und ein glückliches, sorgenfreies Leben führen. Ich wollte Näheres über den Freund wissen, aber Hans sagte nichts; die einzige Bedingung sei, daß wir nicht in Frankfurt blieben. Mehr war nicht aus ihm herauszufragen. Wieder vergingen einige Tage; Hans sagte, er müsse die Vorbereitungen für seine Reise nach Berlin treffen; er würde vorausfahren, und ich sollte nachkommen, sowie er seine geschäftlichen Angelegenheiten geregelt hätte. Dann kam die entsetzliche Nacht . . ."

Alma Hilter sank zusammen und stierte vor sich hin.

„Er ging früh am Abend fort. Am andern Morgen wollte er reisen. Ich drang ein letztes Mal in ihn, mir zu sagen, was er vorhätte. Er fertigte mich kurz ab: von Geschäften verstünde ich nichts. Und ging. Ich wartete wieder eine ganze lange Nacht, und der Angst ließ mich keinen Schlaf finden. Gegen Morgen kam er bleich und verstört. Ich fragte. Aber er schüttelte mich ab und beschwor mich, mit keinem Menschen davon zu sprechen, daß er diese Nacht nicht im Hause verbracht. Dann lief er wieder davon. Von seiner Reise sprach er kein Wort. So ging es ein paar Tage; er kam nur gegen Morgen auf eine Stunde und wurde immer bleicher. Dann rannte er wieder fort, als suche er etwas. Eines Morgens kam er von seinen Zagden zurück und schien etwas ruhiger. Da gestand er mir alles. Er hatte nach den genauen Angaben seines Freundes einen Einbruch verübt. Zuerst wollte ich schelten, ihn aus dem Hause weisen; aber er bat und bettelte, und ich hatte ihn lieb. Er entwickelte mir seinen Plan: ich sollte ihm anzeigen; er würde mir einen Abschiedsbrief schreiben, seine Kleider am Main niederlegen, dann würde man eine Leiche aus dem Fluß fischen; die sollte ich als die seine wiedererkennen. Es sei alles genau vorbereitet, und ich solle keine Angst haben. Er würde dann nach Berlin fahren, ich würde die ausgesetzte Belohnung erhalten, und nach ein paar Wochen würde er mich rufen, dann würden wir heiraten; falsche Papiere hätte er schon; und er setzte mir einen Paß auf den Namen Johannes Lant. Ich war zu überrascht und bestürzt, um ihm ernsten Widerstand zu leisten, und die Hoffnung auf ein besseres Leben machte mich gefügig."

„Sie taten alles, wie er Ihnen befohlen?"

Sie nickte: „Ich zeigte ihn an, erhielt die Belohnung und bezeichnete einen Tag später eine fremde Leiche als Johannes Kurtz. Genau wie er mir befohlen."

„Waren Sie sich denn nicht klar, daß Sie zu seinem Verbrechen neue fügten?"

„Ich handelte wie in einem Dämmerzustand, Herr Kommissar; ich wäre für ihn ins Wasser gesprungen, wenn er es gefordert hätte. Ich wunderte mich selbst, mit welcher Sicherheit ich log; aber als die erste Lüge so erfolgreich gelang, vergaß ich fast selbst, daß ich eine Lüge an die andere reihte."

„Und dann fuhren Sie nach Berlin?"

„Nein, zunächst wartete ich. Er wollte mich rufen. Ich wartete wochen- und monatelang, er ließ nichts von sich hören. Ich wollte allein nach Berlin, ihn suchen gehen; aber wie sollte ich in der riesigen Stadt den einen Menschen finden?! Wieder wartete ich; jeden Morgen stand ich und sah nach dem Briefträger aus; aber immer ging er an meiner Tür vorbei. Wenn es pochte, lief ich fieberndbinaus, aber der ersehnte Brief kam nicht. Er kam nie!"

Alma Hilter schüttelte wie in einer neuen Verzweiflung den Kopf, und in ihre Augen traten Tränen.

„Hatten Sie denn niemals Furcht, daß Ihre Lügen aufgedeckt werden könnten?"

(Fortsetzung folgt.)

Niemals vergessen

darf die praktische Hausfrau, daß es zum Färben von Kleidern, Blusen, Gardinen usw. nichts Besseres gibt als die weltberühmten echten Heitmann's Farben, Marke Fuchskopf im Stern.

Heitmann's Farbe spart den Färber